

Tagesordnung I Punkt 22 der öffentlichen Sitzung am 28.02.2007

Vorlage Nr. 07-F-25-0034

**Rundfunkgebührenbefreiung bei Empfängern von SGB II
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und FDP vom 28.02.2007 -**

Vorbemerkung:

Der heutigen Presseberichterstattung (FR vom 28. Februar 2007) ist zu entnehmen, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten Gebühren von Hartz IV-Empfängern einziehen, obwohl diese nicht zahlungspflichtig sind. Hintergrund ist ein Streit zwischen der Bundesagentur für Arbeit (BA) und der Gebühreneinzugszentrale (GEZ) über ein Verfahren, durch das Hartz IV-Empfänger automatisch von den Gebühren befreit werden, wenn sie einen Anspruch darauf haben.

Der Ausschuss für Soziales möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

ob die Empfänger von SGB II in Wiesbaden ebenfalls von diesem Streit betroffen sind oder ob Wiesbaden als Optionskommune eigene Regelungen schaffen darf und davon auch Gebrauch macht.

Beschluss Nr. 0055

Vorbemerkung:

Der heutigen Presseberichterstattung (FR vom 28. Februar 2007) ist zu entnehmen, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten Gebühren von Hartz IV-Empfängern einziehen, obwohl diese nicht zahlungspflichtig sind. Hintergrund ist ein Streit zwischen der Bundesagentur für Arbeit (BA) und der Gebühreneinzugszentrale (GEZ) über ein Verfahren, durch das Hartz IV-Empfänger automatisch von den Gebühren befreit werden, wenn sie einen Anspruch darauf haben.

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

ob die Empfänger von SGB II in Wiesbaden ebenfalls von diesem Streit betroffen sind oder ob Wiesbaden als Optionskommune eigene Regelungen schaffen darf und davon auch Gebrauch macht.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .04.2007

Diers
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .04.2007

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

In Vertretung

Nickel
Stellv. Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .04.2007

In Vertretung

Dezernat VI
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Bendel
Stadtrat